

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 05 86 848 pppn d

## Inhalt

Hermann Scheer MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion, zur Weinberger-Visite und dem Nato-Doppelbeschuß: Kontinuitätsbrüche.  
Seite 1

Helmut Kohde MdB untersucht den Jubel-Parteitag der CDU: Die alte CDU und die neuen sozialen Fragen.  
Seite 5

Inge Wettig-Danielmeier MdB kritisiert die doppelte Moral der CDU: Fortschrittliche Reden bewähren massive Rückschritte in der Politik für Frauen.  
Seite 6

Erwin Horn MdB fordert die Bundesregierung zur Unterstützung des Generalinspektors der Bundeswehr auf: Altenburgs klare und unmißverständliche Worte.  
Seite 7

Manfred Lahnstein MdB fordert eigene Anstrengungen anläßlich des Williamsburg-Gipfels: Nicht nur die US-Wirtschaftspolitik ist zu kritisieren.  
Seite 8

39. Jahrgang / 100

27. Mai 1983

### Kontinuitätsbrüche

Weinbergers Visite und der Nato-Doppelbeschuß

Von Dr. Hermann Scheer MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Sobald ein Sozialdemokrat öffentliche Zweifel an der Ernsthaftigkeit der amerikanischen Regierung bei den Mittelstreckenraketen-Verhandlungen äußert, wird von der Regierung Kohl ein Abweichen der SPD von ihrer 1979 beschlossenen Linie unterstellt. Wenn Anfang der nächsten Woche US-Verteidigungsminister Weinberger in der Bundesrepublik ist, werden die derzeit Regierenden aus Bonn und Washington wieder einmal ihre eigene Stetigkeit hervorheben wollen. Aber gerade aus Anlaß der Visite Weinbergers muß gesagt werden: Stetig mögen sie sein, nur nicht in Bezug auf die Linie der einstig sozialdemokratisch geführten Bundesregierung.

Nicht die SPD, sondern die Regierung Kohl befindet sich in den Fragen des NATO-Doppelbeschlusses in einem eklatanten Kontinuitätsbruch. Sie setzt nicht die Linie der Regierung Schmidt fort, sondern ist auf die Linie Reagans eingeschwenkt. Sie versucht nicht, die amerikanische Regierungslinie gemäß unseren Interessen innerhalb des Bündnisses zu korrigieren, sondern bestärkt die für erfolgreiche Rüstungskontrolle aussichtslose Linie des Pentagon. Der NATO-Doppelbeschuß wird nur noch dem oberflächlichen äußeren Schein nach beachtet. Er wird nicht als Instrument aktiver Rüstungskontrollpolitik begriffen, wozu eine Beachtung des sich ständig verändernden Verhandlungsrahmens wie auch eigene Initiativen für akzeptable Kompromisse gehören. Von eigenen Kompromißvorstellungen Bonns ist nichts zu sehen und auch nichts zu hören.

Anhand von zehn Punkten läßt sich konkret aufzeigen.

- daß sich seit 1979 eine Reihe schwerwiegender Voraussetzungen geändert haben, was von der Bundesregierung systematisch ignoriert wird,
- und daß dabei auch noch die Kontinuität der bis zum Sommer 1982 gültigen deutschen Politik auf der Grundlage des NATO-Doppelbeschlusses verlassen worden ist.



Es ist hohe Zeit, daß dies auch in der Öffentlichkeit im vollen Umfange zur Kenntnis genommen wird.

1. Der NATO-Doppelbeschluß baut explicit auf der Voraussetzung auf, daß "der Rüstungskontrolle als Beitrag zu einem stabileren militärischen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West und zur Förderung des Entspannungsprozesses eine große Bedeutung" beizumessen ist. Weiter heißt es dazu: "Dies spiegelt sich wider in einem breit angelegten Spektrum von Initiativen, die im Bündnis geprüft werden mit dem Ziel, die Weiterentwicklung von Rüstungskontrolle und Entspannung in den 80er Jahren zu fördern."

Die amerikanische Regierung hat diese zentrale Entspannungsbereitschaft fallengelassen, und die neue Bundesregierung folgt ihr hierin im wesentlichen. Da ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen Entspannungsbereitschaft und Verhandlungserfolgen in der Rüstungskontrolle steht, bedeutet mangelnde Entspannungsbereitschaft gleichzeitig eine mutwillige Schmälerung der Basis für einen Verhandlungserfolg.

Die mangelnde Bereitschaft zur Fortsetzung des Entspannungsprozesses durch die amerikanische Führungsmacht macht die Lage instabil. Auf einer solchen politischen Grundlage stationierte nukleare Mittelstreckenwaffen machen dann die Lage auf eine gefährlich werdende Weise noch instabiler. Fest steht jedenfalls: Mit der Abkehr von der Entspannungskonzeption wird eine unumgängliche Voraussetzung des NATO-Doppelbeschlusses fallengelassen.

2. In der Gemeinsamen Erklärung der Prinzipien und grundlegenden Richtlinien für An-schlußverhandlungen über die strategischen Rüstungen - am 18. Juni 1979 nach Unterzeichnung des SALT-II-Vertrages von Carter und Breschnew in Wien veröffentlicht - ist festgehalten, daß Verhandlungen über qualitative Begrenzungen stattfinden mit einer "Lösung der Fragen, die im Protokoll zum Vertrag enthalten sind". Gemeint sind die Cruise Missile, deren Einführungsverbot gemäß dem SALT-II-Vertrag Ende 1981 auslief.

Die Vereinigten Staaten haben aber nicht nur keinerlei Bemühungen gezeigt, die versprochenen Verhandlungen über eine über 1981 hinausgehende Begrenzung der Cruise Missile aufzunehmen. Stattdessen haben sie tausende nuklearer Cruise Missile auf Flugzeugen und Schiffen in Auftrag gegeben. Damit haben sie die Gemeinsame Erklärung zum SALT-II-Vertrag verletzt. Außerdem bringen sie diese neuen Mittelstreckenwaffen nicht in die Mittelstreckenraketenverhandlungen ein, weil sie dort nur über landgeschützte verhandeln wollen. Der militärpolitische Rahmen hat sich durch diese Entwicklung geändert.

3. Die Gemeinsame Erklärung zum SALT II-Vertrag, auf dessen Basis der NATO-Doppelbeschluß gefaßt wurde, enthält darüber hinaus das Vorhaben, eine "bedeutende und substantielle Verringerung der Anzahl der Offensivwaffen" vorzunehmen. Auch hiervon ist nichts beachtet worden. Man kann zwar sagen, daß die im SALT II-Vertrag vereinbarten Begrenzungen eingehalten werden, obwohl der Vertrag vom amerikanischen Senat nicht ratifiziert wurde. Aber die politische Grundlage von SALT II, in Rahmenerklärungen festgehalten, wird nicht mehr beachtet, und damit auch nicht die politische Grundlage des NATO-Doppelbeschlusses - ein eklatanter Kontinuitätsbruch der Vereinigten Staaten, wozu die Bundesregierung schweigt.
4. Frankreich und Großbritannien planen bis Ende der 80er Jahre einen Aufwuchs ihrer nuklearen Mittelstreckenwaffen auf über 1.000 Sprengköpfe. Damit hätten sie dann ein größeres Potential als es das gegenwärtig gegen Westeuropa gerichtete SS 20-Potential der Sowjetunion darstellt. Man kann das französische und britische Potential also nicht "vergessen", wie Helmut Kohl abwiegend sagt. Die britischen und französischen Mittelstreckenwaffen erreichen eine Größenordnung, deren Einbeziehung jedem normal rechnenden Menschen einleuchten muß. Die Bundesregierung lehnt aber ihre Berücksichtigung ab und ignoriert damit die sich dadurch völlig verändernde nukleastrategische Lage in Europa. Außerdem erhöht sie damit die Barrieren zu einem Verhandlungserfolg.

5. Als es um den militärischen Teil des NATO-Doppelbeschlusses ging, wollte Bundeskanzler Helmut Schmidt seegestützte statt landgestützte Systeme als Druckinstrument. Die Regierung der Vereinigten Staaten erklärte seinerzeit, dies sei aus technischen Gründen nicht möglich. An der technischen Möglichkeit seegestützter Systeme bestehen nicht mehr die geringsten Zweifel. Auch diese geänderte technische Voraussetzung, wenn überhaupt jemals die amerikanischen Angaben stimmten, muß bedacht werden. Denn der Unterschied zwischen see- und landgestützten Systemen ist möglicherweise in letzter Konsequenz von lebenswichtiger Bedeutung für unser Land.
6. Zum NATO-Doppelbeschluß gehörte auch ein zeitlicher Verhandlungsdruck. Die Bundesregierung hat diesen zeitlichen Verhandlungsdruck im Verein mit Washington preisgegeben, spätestens seit sie Zwischenlösungen propagiert, mit denen sie auf der Basis einer Stationierung weiterverhandeln will. Die Preisgabe des zeitlichen Verhandlungsrahmens vor einer Stationierung ist umso unverständlicher, als Washington erhebliche Mitverantwortung daran hat, daß erst zwei Jahre nach dem NATO-Doppelbeschluß die Verhandlungen aufgenommen wurden. Ein Kontinuitätsbruch ist es allemal.
7. Die Bundesregierung hat sich nahtlos an amerikanische Airland Battle-Überlegungen angeschlossen, die ein integriertes Konzept chemischer, nuklearer und konventioneller Interdiktionswaffen in Form von Raketen vorsehen. Im Zusammenhang mit den neuen nuklearen Mittelstreckenraketen sind diese Airland Battle-Überlegungen von hoher Brisanz, die die militärische Lage instabil machen, die Aussichten für Rüstungskontrolle aufgrund der Ununterschiedbarkeit von nuklearen und konventionellen Systemen unsagbar erschweren und die Stationierung in einem neuen gefährlichen Licht erscheinen lassen. Dadurch wird das NATO-Konzept der flexiblen Reaktion unterwegs verändert. 1979 war von alledem noch keine Rede, und zum Rüstungskontrollansatz des NATO-Doppelbeschlusses steht diese Entwicklung quer. Auch dies ist ein politischer Kontinuitätsbruch.
8. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung hatte immer erklärt, daß es ihr nicht um zahlenmäßige Parität geht. Inzwischen wird jedoch von einer solchen zahlenmäßigen Parität gesprochen, was sich an den Verlautbarungen zeigt, wie sich die Bundesregierung eine Zwischenlösung vorstellt. Aus dem politischen Instrument des NATO-Doppelbeschlusses wird eine Buchhalterangelegenheit, mit der das tatsächliche Anliegen aus den Augen verloren wird. Das Anliegen war nie, isolierte Systeme gegen isolierte Systeme Stück für Stück aufzurechnen, sondern euronukleare Rüstungskontrolle im Rahmen der globalen nuklearen Rüstungskontrolle zu erreichen.



9. Im NATO-Doppelbeschluß ging es um die Verhinderung eines weiteren sowjetischen Aufwuchses an SS 20-Raketen. Im Punkt 5 des Doppelbeschlusses heißt es: "Diese Entwicklungen haben im Bündnis ernste Besorgnis hervorgerufen, da - falls sie fort dauern sollten - die sowjetische Überlegenheit bei den Mittelstreckenwaffen, die bei den interkontinentalen strategischen Systemen erzielte Stabilität aushöhlen könnten". Das jetzt im Raum stehende sowjetische Angebot würde bedeuten, daß die Sowjetunion bei den Mittelstreckenraketen unter die Zahl von 1978 gehen würde, falls ihr Angebot ernstgemeint ist, was nur bei einem Eingehen des Westens darauf zu überprüfen ist. So wie das Angebot dasteht, wäre bei einer Realisierung der angegebenen Reduzierung der sowjetischen Raketen einer Stationierung westlicher Raketen bereits die Grundlage entzogen - wenn man die Ausgangsüberlegungen des NATO-Doppelbeschlusses von 1979 weiter ernst nimmt. Insofern ist die mangelnde Bereitschaft, den neueren sowjetischen Verhandlungsangeboten mit westlichen Vorschlägen entgegenzukommen, ebenfalls ein Kontinuitätsbruch weg vom NATO-Doppelbeschluß aus dem Jahre 1979.
10. Der NATO-Doppelbeschluß bezieht sich auf die eurostrategische Problematik. Er wurde gefaßt, weil eine eurostrategische Instabilität im Rahmen einer globalen Stabilität befürchtet wurde, was auch die globale Stabilität immer wieder aufs neue gefährdet hätte. Der Verhandlungsansatz der Vereinigten Staaten bei den Mittelstreckenraketen-Verhandlungen ist aber globaler Art, in dem auch die Rückwirkungen auf Fernost mitbedacht und mitverhandelt werden. Damit ist das eigentliche Begehren einer spezifischen euronuklearen Rüstungsvereinbarung gefährdet, weil der globale Ansatz eine begrenzte europäische Vereinbarung erheblich erschwert. Dies gilt zumindest solange, wie die Genfer Mittelstreckenraketen-Verhandlungen nicht in eine eindeutige Verbindung zu den START-Verhandlungen gebracht werden. Solange dies nicht der Fall ist, ist ein Kriterium des NATO-Doppelbeschlusses unbeachtet. Die Bundesregierung mahnt seine Beachtung auch nicht an.

Wer all dies zu verantworten beziehungsweise mitzuverantworten hat, kann sich weder jetzt noch gegebenenfalls bei seiner möglichen Entscheidung für eine Stationierung auf Sozialdemokraten und ihre früheren Beschlüsse berufen.

(-/27.5.1983/hi/ca)

+ + +



Die Sorgen verjubelt

Die alte CDU und die neuen sozialen Fragen

Von Helmut Rohde MdB

Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

Vor wenigen Jahren machte die CDU einen Parteitag unter der Überschrift "Die neue soziale Frage". In dieser Woche offenbarte sie in Köln, daß sie trotz aller früheren Versprechungen und Verheißungen darauf keine helfenden und die Zukunftssorgen beherrschenden Antworten parat hat. Die sozial Schwachen und Bedrängten werden nicht die Geschützten konservativer Politik sein. Im Gegenteil: Die sozialen Fragen der 80er Jahre werden - das läßt sich klar erkennen - zu den großen Spannungsfeldern der Politik.

In Köln blieben die Jugendarbeitslosigkeit und die Zukunft der sozialen Sicherung auf der Parteitagstrecke. Die CDU machte daraus nicht konkrete Politik, eher eine die Delegierten mehr kühl, fast gelangweilt lassende Show. Für das Parteitagsdrehbuch mag das reichen, für die Strapazen der nächsten Jahre nicht. Genau betrachtet, verhält sich die Regierungspartei CDU gegenüber der Jugend heute nicht viel anders als in der zweiten Hälfte der 60er Jahre.

Entscheidend wird in den 80er Jahren nicht, was die Union zur Jugendarbeitslosigkeit und zu den Ausbildungschancen gesagt hat, sondern wovon sie sich in Köln herumdrückte. Sie bot noch einmal den schon endlos durchgehechelten Rest der letzten Jahre an. Dazu gehört die stereotyp gewordene Meinung, daß die Jugend an Arbeitslosigkeit verliert, wenn man ihren Arbeitsschutz zusammenstreicht. Dabei gibt es reihenweise Erfahrungen und Feststellungen, die hinsichtlich der eigentlichen Ursachen von Arbeitslosigkeit zu ganz anderen Ergebnissen kommen.

Köln hat sich wohlweislich davor gehütet, zur Ausbildungsplatzförderung und Arbeitsmarktreform konkrete Ziele aufzustellen. Sie passen nichts ins konservative Weltbild. Sonst hätte man darüber sprechen müssen, wie ein politisch gesteckter Rahmen aussehen soll, in dem die Tarifparteien konkrete Ausbildungs- und Finanzierungsanstrengungen unternehmen könnten. Welche konkreten Schritte eingeleitet werden müßten, damit der Graben zwischen den Bildungsanstrengungen und den künftigen Arbeitsmöglichkeiten nicht immer breiter wird. Und auch: Was angesichts der massiven Arbeitsplatzverluste in ganzen Branchen und im Schatten der mit Hochdruck betriebenen Technologisierung geschehen soll. Blüm machte nur Sprüche. Aber von Sprüchen wird man nicht satt.

In der Sozialpolitik bediente sich die CDU einer Art bengalischer Beleuchtung. Zwar erklärte sie, die Rentenanpassung solle 1984 nicht noch einmal - und zwar dann auf insgesamt zwei Jahre - verschoben werden. Aber lautlos blieb in Köln, daß die Bundesregierung den Rentnern das Geld auf andere Weise aus der Tasche ziehen will. Das Rentenniveau soll heruntergehen. Finanzminister Stoltenberg will Kasse machen. Das Kabinett hat ihm dafür längst freie Fahrt gegeben. Er weiß, daß die Rentenversicherung schon in nächster Zeit zum Regierungsthema wird. Blüms "Siege" erinnern stets an "tolle Tage": In Köln durfte er noch einmal Konfetti schießen, aber Aschermittwoch kommt.

Auf der Nach-Wahl-Show der CDU wurde die ganze Wahrheit nicht auf den Tisch gelegt. Die Politik von Blüm ist aber durchsichtig, ihr taktischer Charakter unübersehbar. Seine Visitenkarte hat er abgegeben: Alle paar Monate wird erneut eingegriffen, werden Defizite verschoben, Leistungen gekürzt, zwischendurch publizistische Muskelspiele getrieben, einmal Abgaben erhöht, dann wieder das Sozialniveau gesenkt. Wer in der Sozialpolitik mit Murks anfängt, kommt nicht wieder davon los. Das ist die Alternative zur Sozialpolitik und zur sozialen Strukturpolitik. Am Ende bleibt dann das, was dem Murks als politische Methode entspricht.

Der CDU-Parteitag dauerte zwei Tage. Die Enttäuschung wird länger dauern. Aus ihren neuen sozialen Fragen hat diese Partei wieder die alten gesellschaftlichen Sünden gemacht. Übrigens: Der weitere Anstieg der Massenarbeitslosigkeit im Herbst und Winter war kein Parteitagsthema. Dafür gab es ein Grußwort "aus der heimlichen Hauptstadt". Keine Zeit fürs Volk?

(-/27.5.1983 /hi/ca)

+ + +



Die doppelte Moral der CDU

Fortschrittliche Reden bemänteln massive Rückschritte in der Politik für Frauen

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Einer der 23 Anträge an den gestern zu Ende gegangenen Parteitag der CDU fordert die Verbesserung der Stellung von Frauen in der Gesellschaft, auf dem Arbeitsmarkt, in Bildung und Weiterbildung. Eingebracht wurde er von der CDU-Frauenvereinigung mit viel Engagement. Über die Einzelheiten dieses Antrags muß man als Sozialdemokratin streiten, über das Ziel, die Situation der Frau in der Gesellschaft zu verbessern, nicht; auch nicht darüber, daß es viel zu verbessern gibt.

Zeitpunkt und Stoßrichtung der von den CDU-Frauen vorgelegten Forderungen verblüffen allerdings, denn da beklagt der Antrag insbesondere das, was diese CDU als Regierungspartei in Bund, Ländern und Gemeinden zu verantworten hat. Man könnte meinen, der Adressat sei eine andere Partei. Die CDU-Frauen begnügen sich mit allgemeinen Klagen über die derzeitige Situation von Frauen, letztlich rechnen sie damit genau mit der Politik ab, die Frauen besonders schmerzlich erfahren läßt, was mit der "Wende" gemeint war. Eine Politik, die mühselig errungene Fortschritte für die Frauen wieder zurücknimmt.

Ist es nicht die CDU/CSU, die seit Jahren eine gezielte Kampagne "Frauen zurück zur neuen Mütterlichkeit" und "wider die Unmoral des Doppelverdienertums" führt? Ist es nicht die CDU-geführte Bundesregierung, die den Frauen Teilzeitarbeitsplätze schmackhaft machen will, aber gleichzeitig in Brüssel alles tut, damit eine EG-Richtlinie zur vollen sozialen Absicherung der Teilzeitarbeit nicht wirksam zustandekommt?

Ist es nicht ebenfalls diese Bundesregierung, die sich jetzt zwar endlich auf die 100 Jahre alte Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit besinnt, gleichzeitig jedoch im Bericht zum EG-Anpassungsgesetz (wie auch die CDU-regierten Bundesländer im Bundesrat mit Nachdruck) alle notwendigen konkreten Folgerungen ablehnt, die Frauen zur Lohngleichheit, zu gerechterer Arbeitsplatzbewertung oder besseren Aufstiegschancen verhelfen könnte?

Ist es nicht die CDU, die im Bund und in den Ländern neue besondere Förderprogramme für die Mädchenausbildung als unnötig ablehnt?

Und ist es nicht die CDU, die mit ihren Sparvorschlägen am härtesten die Frauen trifft, und zwar mit jedem ihrer Sparbeschlüsse? Zynischer als mit dem Beschluß, den Mutterschaftsurlaub um einen Monat zu kürzen und den jungen berufstätigen Müttern in den restlichen drei Monaten 450 Mark weniger zu geben, kann die CDU mit ihren eigenen Wahlversprechen und den Frauen nicht umgehen. Wo bleibt da die hehre Familienfreundlichkeit? Ist das der Beitrag zur proklamierten Freiheit für Männer und Frauen, Beruf, Familie oder beides zu wählen? ASF-Frauen haben die "Wahlfreiheit" immer als Lebenslüge der Männergesellschaft entlarvt, die CDU hat den besten Beweis dafür geführt.

Auch die BAföG-Streichungen und die Leistungsenkung beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe für Leistungsempfänger ohne Kinder trifft Frauen an erster Stelle, sie sind relativ am häufigsten arbeitslos, sie rutschen dank ihres geringen Monatseinkommens nun auch noch schneller in die Nähe der Sozialhilfegrenze. Die Sparmaßnahmen im Sozialhilfebereich sind allerdings - vor allem angesichts der gleichzeitig beschlossenen Entlassungen für die Wirtschaft von etwa 3,5 Milliarden DM - der Gipfel an rücksichtsloser Ellenbogenpolitik. Ein Staat, der derartige Maßnahmen beschließt, kann sich wohl kaum noch Sozialstaat nennen. Und wieder einmal sind Frauen die Haupt-Betroffenen, denn zwei Drittel aller Sozialhilfe-Empfänger sind Frauen, häufig mit Kindern.

Der Vorstoß der CDU-Frauen für eine Verbesserung der Stellung von Frauen ist nur allzu berechtigt. Wenn man diesem Ziel jedoch wirklich näher kommen will, müssen Roß und Reiter genannt werden, dann muß man auch bereit sein zu kämpfen, und zwar auch, in diesem Fall ganz besonders, gegen die Männer in der eigenen Partei. Keine politische Frauenorganisation ist je mit der ihr zugehörigen Partei zufrieden gewesen, auch die Sozialdemokratischen nicht. Wir sind allerdings immer bereit gewesen, das deutlich zu machen.

Solange sich die CDU-Frauen nicht - wie es einige CDU-Gewerkschafterinnen bereits getan haben - gegen den krassen Widerspruch zwischen Reden und Handeln bei der CDU und der von ihr geführten Bundesregierung zur Wehr setzen, laufen sie Gefahr, mit verbaler Zustimmung zu ihren Forderungen abgespeist zu werden. Änderungen ihrer derzeitigen Situation dürften Frauen dann weiterhin nur zum Schlechteren hin erwarten. (-/27.5.1983/hi/oa)

Ein klares und unmißverständliches Wort  
-----

Der Generalinspekteur der Bundeswehr bedarf der Unterstützung der Bundesregierung

Von Erwin Horn MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Alle verantwortungsbewußten Bürger unseres Landes sind an einem positiven Ergebnis der Genfer Verhandlungen interessiert. Ein Scheitern von Genf, die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckensysteme in Europa, vor allem von Pershing II in der Bundesrepublik Deutschland, die absehbare sowjetische Antwort einer erneuten Rüstung auf dem atomaren Gebiet und damit das Drehen der Rüstungsspirale in eine nicht übersehbare Höhe, besorgt die Menschen und vor allem die Politiker unseres Landes. Ein Fehlschlag der Verhandlungen, der nicht eindeutig dem Verschulden der Sowjetunion zuzuschreiben wäre, sondern auch Fehlverhalten des Westens in Form von Unfähigkeit oder doktrinärer Unbeweglichkeit, würde nicht nur unser Land in eine schwere Zerreißprobe, sondern auch die NATO in die größte Krise seit ihrem Bestehen stürzen. Deshalb darf es keine selbstgestrickten Alibis der verhandelnden Großmächte geben, sich aus der Verantwortung zurückzuziehen.

Die Verhandlungen sind in eine entscheidende Phase getreten, und es ist begrüßenswert, daß der Generalinspekteur der Bundeswehr dazu ein klares und unmißverständliches Wort gesagt hat. Es gibt auch einen Pessimismus über den Verhandlungsverlauf, der psychologisch ein negatives Ergebnis vorbereiten soll für die rechte politische Seite, um damit den Nachweis führen zu können, daß es im Grunde nie einen Zweck gehabt hat, mit den Sowjets zu verhandeln; für andere Gruppierungen, um Auftrieb für ihre Bewegungen zu erhalten und in Aktion treten zu können. Die Vertreter der Verhandlungs- und Vertragspolitik müssen jetzt Unterstützung erhalten, weil es zu ihrer Politik eine Alternative gibt.

Der Generalinspekteur hat dabei auf einen entscheidenden Punkt aufmerksam gemacht: Ohne die Einbeziehung der britischen und französischen Systeme läuft in Genf nichts. Diese Systeme sind auf Ziele in der Sowjetunion gerichtet. Das ist logisch, denn beide Staaten erwarten nur von dorthier eine Bedrohung.

Das Problem besteht nicht nur in den bestehenden Kapazitäten, sondern auch in dem geplanten und programmierten Aufwuchs dieser Drittstaatsysteme im nächsten Jahrzehnt. England und Frankreich werden nach acht bis zehn Jahren über drei- bis fünfmal soviel Atomwaffen verfügen wie heute. Die englischen Systeme sind nicht unabhängig von den amerikanischen und sind in deren Zielplanung einbezogen.

Es gibt kein plausibles Argument, diese Systeme bei den Genfer Verhandlungen außen vorzulassen. Dies hat bereits vor einem Jahr der stellvertretende ACDA-Vorsitzende Richard Grey erklärt.

Die Konfusion in Kreisen der amerikanischen Administration wird vollends offenkundig in dem Aufsatz von Staatssekretär Eagleburger: "Why U.S. Excludes Allies' Missiles", IHT, 20. Mai 1983, in der das Regierungsmitglied Eagleburger sogar die von der eigenen Administration aufgestellten Verhandlungskriterien der numerischen Gleichheit aufgibt und völlig neue Kriterien ins Spiel bringt. Das ist nicht gut. Umso klärender sind die Ausführungen von Generalinspekteur Altenburg. Die Bundesregierung darf kein Interesse daran haben, den Generalinspekteur im Regen stehen zu lassen. Seine Positionen sind überdacht und liegen im Interesse des Bündnisses und unseres Staates. Das Zögern der Bundesregierung und ihre oft gezeigte Zwiespältigkeit haben der Sache des Westens bislang mehr geschadet als genutzt. Gerade Freunden gegenüber zählt sich langfristig Klarheit der Zielsetzung und Eindeutigkeit in der Methode aus, denn nur auf diese Weise kann Politik glaubwürdig bleiben.

(-/27.5.1983/hl/ca)

+ + +



Eigene Anstrengungen notwendig

In Williamsburg ist nicht nur die US-Wirtschaftspolitik zu kritisieren

Von Manfred Lahnstein MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Weltwirtschaft der SPD-Bundestagsfraktion

In Williamsburg, auf dem "Wirtschaftsgipfel" wird es hoch hergehen. Dafür sorgt die historische Kulisse des Städtchens ebenso wie die Anwesenheit vieler Tausender von Journalisten aus aller Welt. Wir werden bunte, harmonische, fröhliche Bilder und Hofberichte entgegennehmen dürfen. Aber: Wird in Williamsburg auch was herauskommen? Dies ist die eigentliche Frage, die wir uns stellen müssen.

Man verstehe mich richtig: Es kann nicht Aufgabe der sozialdemokratischen Opposition sein, durch unzeit- oder unsachgemäße Kritik dem Bundeskanzler und der Bundesregierung die Verhandlungen in Williamsburg zu zusätzlich zu erschweren. Es muß aber unsere Aufgabe sein, zu ermuntern und anzustoßen. Williamsburg muß sich den eigentlichen drängenden Wirtschaftsfragen stellen. Darauf haben wir alle Anspruch, insbesondere die Arbeitnehmer, insbesondere die vielen Millionen Arbeitslose in allen Ländern der OECD!

Wir müssen verlangen, daß die verantwortlichen Politiker der großen Industriestaaten alle Kraft und allen Mut zusammennehmen, um eine Situation zu vermeiden, in der zwar weltweit die Inflationsraten einstellig, die Arbeitslosenraten aber zweistellig wären. Eine derartige Katastrophe müßte fatale Konsequenzen nicht nur für unsere ökonomische Zukunft, sondern auch für unsere politische Stabilität haben.

Um Arbeitslosigkeit nachhaltig abbauen zu können, muß zunächst die Weltwirtschaft wieder in Schwung kommen. Damit die Weltwirtschaft dauerhaft in Schwung kommen kann, muß das weltweite Zinsniveau noch einmal deutlich nach unten gedrückt werden. Hierbei kommt den Dollarzinsen die entscheidende Bedeutung zu, ob dies nun unseren Freunden in Amerika paßt oder nicht. Im Klartext: Mit den extrem hohen Realzinsen für den Dollar läßt sich weder in den Vereinigten Staaten ein dauerhafter Aufschwung bewerkstelligen noch ist auf dieser Basis eine Stabilisierung der weltweiten Investitionstätigkeit möglich.

Niedrigere Zinsen sind also das Gebot der Stunde; auf diesem Wege würde sich im Übrigen auch die künstlich aufgebauchte Diskussion über das internationale Wechselkursgefüge von selbst weitgehend entspannen. Zu einer derartigen Politik gehört es auch, die Haushaltsdefizite in erträglichen Grenzen zu halten. Wir in der Bundesrepublik Deutschland und in einigen anderen OECD-Ländern haben hier bereits eine Menge getan, sind sozusagen international in Vorleistung getreten. Nun sind unsere amerikanischen Freunde am Zug. Für mich ist es eine unerträgliche Vorstellung, wenn ernstzunehmende Wirtschaftsforscher in den Vereinigten Staaten davon ausgehen, daß in zwei bis drei Jahren das strukturelle Defizit im Bundeshaushalt der USA um vier Prozent des BSP zu liegen kommt. Hier zeigt sich, daß überzogene Planungen auf dem Gebiet der Rüstungsausgaben sowie eine auf Geschenke abzielende Steuerpolitik schwere Spätfolgen produzieren müßte.

Aber wir dürfen es nicht nur bei der Auseinandersetzung mit der amerikanischen Wirtschaftspolitik belassen, wir müssen auch vor der eigenen Tür kehren, ein jeder bei sich. Dies heißt im Klartext:





- Diejenigen Industriestaaten, die dazu in der Lage sind, müssen ihre Wirtschaftspolitik stärker auf Wachstum und Beschäftigung ausrichten, als sie dies bisher getan haben. Abstinenz darf nicht erlaubt sein. Dies gilt insbesondere für die Bundesrepublik Deutschland. Vor diesem Hintergrund werden unsere Forderungen nach beschäftigungswirksamen Maßnahmen der Haushalts- und Steuerpolitik auch international verständlich.
- Es muß gelingen, im Kampf gegen den Protektionismus endlich Erfolge zu erzielen. Minimum: ein mehrjähriges Stillhalteabkommen zwischen den Teilnehmerstaaten des Wirtschaftsgipfels. Optimum: ein Zurücknehmen bereits getroffener protektionistischer Entscheidungen, sobald der weltweite Wirtschaftsaufschwung dies zuläßt. Insbesondere hier wird ständig Mut und Entscheidungskraft gefordert sein. Die Sozialdemokraten sind an der Seite der Bundesregierung, so lange sie in der guten Tradition liberaler deutscher Außenwirtschaftspolitik fortfährt.
- Wir alle müssen neue Anstrengungen unternehmen, um die Zukunft der Entwicklungsländer zu sichern. Dazu gehört für die nächsten Jahre neben einem realen Wachsen der Entwicklungshilfeleistungen vor allen Dingen, daß die Verschuldungskrise vieler Entwicklungsländer dauerhaft gemeistert wird. Hierzu ist eine weiter verstärkte Zusammenarbeit der Zentralbanken und der internationalen Institutionen wie zum Beispiel IWF erforderlich. Die dazu notwendigen Instrumente und Finanzmittel müssen bereitgestellt werden.

Um diese Fragen geht es in Williamsburg, und zwar im Gesamtzusammenhang. Es geht nicht um Fototermine oder um Studiengruppen, die nur zur Vertagung, nicht aber zur Lösung von Problemen dienen können. Es handelt sich um ein ehrgeiziges Programm. Aber: Ehrgeiz ist vonnöten, wenn die Weltwirtschaft aus ihren großen Schwierigkeiten befreit werden soll. Wir Sozialdemokraten werden die Ergebnisse des Weltwirtschaftsgipfels sorgfältig analysieren. Und wir werden dem Bundeskanzler sorgfältig auf die Finger sehen, werden das Vorgehen der Bundesregierung aufmerksam begleiten. Es ist richtig: Unser Land ist zu klein, um weltwirtschaftliche Probleme aus eigenem Anstoß und eigener Kraft zu lösen. Es ist aber auch richtig, daß wir zu groß sind, um uns hinter anderen zu verstecken. Es wird in Williamsburg nicht ausreichen im Geleitzug allgemeiner Kompromißformeln bequem mitzusegeln. Eigene Beiträge zur Lösung der Probleme sind notwendig; wir sind gespannt, mit welcher Intensität und mit welchem Nachdruck der Bundeskanzler und die Bundesregierung sie vortragen werden.

(-/26.5.1983/bgy/ca)

\* \* \*

